



Foto: stiftunglesen

Viele Kinder wachsen mit fehlender Lesekompetenz heran – durch Vorlesen kann wichtige Unterstützung gegeben werden.



Foto: Jürgen Fälchle / fotolia

Junge Menschen ab 14 Jahren machen sich häufig für den Naturschutz stark. Sie bewegt oft der Wunsch, etwas gemeinsam mit anderen zu erleben und den eigenen Horizont zu erweitern.

Unser Gemeinwesen fußt auf freiwilligem Engagement

Mitgestalten und etwas bewegen

Fortsetzung von Seite 1

die Bereitschaft dazu erhoben. Die Befragungsergebnisse bilden aktuell die umfassendste quantitative Erhebung zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland ab.

Laut FWS übernehmen demnach Bürgerinnen und Bürger zwischen 14 und 49 Jahren die meisten der freiwilligen Aufgaben. Fast die Hälfte dieser Altersgruppe übt eine ehrenamtliche Funktion aus. Viele Ehrenamtliche kommen aus der sogenannten Mittelschicht, sind berufstätig und gebildet. In kleineren Gemeinden und in ländlichen Gebieten engagieren sich mehr Menschen freiwillig als in der Großstadt.

Vom Naturschutz über den Sport zum Rettungsdienst

Bei den Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren sinkt der Prozentsatz der ehrenamtlich Aktiven auf 34 Prozent. Mögliche Ursachen sind zum einen der „Bereitschaftsdienst“ für vorhandene Enkelkinder. Zum anderen ist auch die mit dem Alterwerden oft schwä-

cher werdende Gesundheit ein wichtiger Faktor, um ein Ehrenamt ausüben zu können.

Über die Hälfte der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer – darunter prozentual etwas mehr Männer als Frauen – spendet der Gemeinschaft rund zwei Stunden wöchentlich. 20 Prozent der zuletzt befragten Personen sind mehr als sechs Stunden in der Woche ehrenamtlich in Bereitschaft.

Der Sportverein belegt im Ehrenamt den Spitzenplatz. Erst danach folgen Schule, Kindergarten, Kultur sowie der soziale und kirchliche Bereich. Besondere Plätze nehmen bei den freiwilligen Tätigkeiten darüber hinaus der Natur- und Tierschutz, der Rettungsdienst und die freiwillige Feuerwehr ein.

Ehrenamtlicher Einsatz im SoVD ist gelebte Solidarität

Auch der SoVD ist ein gutes Beispiel dafür, welche zentrale Bedeutung die Übernahme freiwilliger Aufgaben für eine große Gemeinschaft hat. Seit jeher ist das ehrenamtliche Engagement im Verband Ausdruck gelebter

Solidarität und Hilfestellung für andere, insbesondere die Personengruppe benachteiligter Menschen.

Dabei ist es – neben der sozialpolitischen Interessenvertretung in den übergeordneten sozialpolitischen Gremien – insbesondere auch das ehrenamtliche Wirken in den Gliederungen, das den Verband erfolgreich und stark macht.

Verantwortungsbereitschaft und Empathie

Freiwilliges Engagement zeigt sich bei der unentgeltlichen Beratung in sozialrechtlichen Fragen und findet seinen Ausdruck ebenso in der Organisation des Miteinanders in den Orts- und Kreisverbänden. Die Verantwortungsbereitschaft und Empathie, die in diesem Einsatz zum Ausdruck kommen, heben die ehrenamtlichen Mitstreiterinnen und Mitstreiter im SoVD in ihrer Rolle heraus. Für viele sind sie Vorbilder – gerade deshalb, weil ihre ehrenamtliche Arbeit häufig unbeobachtet und ohne herausgehobene Würdigung stattfindet. *veo*

Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum fordert Neuermittlung der tatsächlichen Bedarfe

Hartz-IV-Sätze bewusst niedrig gehalten

In einer Pressekonferenz haben sich der DGB, verschiedene Sozial- und Wohlfahrtsverbände – darunter auch der Sozialverband Deutschland – sowie Erwerbslosengruppen an die Öffentlichkeit gewandt. Im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung fordert das Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum eine grundlegende Neuermittlung der Hartz-IV-Regelsätze. Diese werden nach Überzeugung des Bündnisses nicht bedarfsgerecht bemessen (wir berichteten). Eine weitere Forderung der Aktionsgemeinschaft sind Soforthilfen für Leistungsberechtigte.

„Die Bundesregierung hat erneut viele Stellschrauben so justiert, dass zwangsläufig niedrige Regelsätze herauskommen müssen“, kritisierte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. So sei die Datenbasis für die Regelsätze für Kinder unbrauchbar, weil viele Posten auf den Angaben von weniger als 100 Haushalten beruhten – die Mobilitätskosten sogar nur auf zwölf Haushalten. „Sogar nicht valide Daten werden in Kauf genommen, um den Regelsatz niedrig zu halten“, erklärte Buntenbach.

Eintritt für die Veranstaltung in der Schule ist Teilhabe

Maria Loheide, Vorstandsmitglied der Diakonie Deutschland, stellte fest: „Ein Eis im Sommer, Zeichenstifte, Eintrittskarten für Schulveranstaltungen, eine Haftpflichtversicherung, Zim-

merpflanzen oder ein Weihnachtsbaum wurden als unnötig gestrichen.“ Jedoch gehörten auch religiöse und andere Feste zur soziokulturellen Teilhabe.

„Neben Erwerbslosen müssen auch viele Rentnerinnen und Rentner, Pflegebedürftige, chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderung von den Regelsätzen leben“, machte SoVD-Referentin Gabriele Hesseken in Vertretung von SoVD-Präsident Adolf Bauer deutlich. „Diese Menschen sind dauerhaft – in den meisten Fällen bis an ihr Lebensende – auf existenzsichernde Leistungen angewiesen.“

Oftmals fielen jedoch auch für diese Personengruppe besondere Ausgaben an. „Sei es der Lieferdienst des örtlichen Supermarkts oder das Essen auf Rädern: All diese Dienste kosten Geld, das den Betroffenen nicht



Foto: DGB/Clausen

V.l.: Ulla Pingel (Vorsitzende der Erwerbslosen in ver.di.), Gabriele Hesseken (SoVD-Referentin), Maria Loheide (Sozialpolitischer Vorstand der Diakonie) und Annelie Buntenbach (DGB Bundesvorstand) bekräftigten die Forderungen des Bündnisses im Rahmen einer Pressekonferenz.

zugestanden wird“, kritisierte Hesseken.

„In vielen Orten kostet ein verbilligtes Sozialticket deutlich mehr, als der Regelsatz vorsieht“, erklärte Ulla Pingel, Sprecherin der ver.di-Erwerbslosen. Wer auf dem Land lebt, sei besonders eingeschränkt, da Ausgaben für Benzin gar nicht im Regelsatz vorgesehen seien. „Mobil zu sein ist wichtig, für die Arbeitsuche und für die soziale Teilhabe.“

Wirksame Soforthilfe für notwendige Anschaffungen

Neben einer grundlegenden Neuermittlung der Regelsätze fordern DGB und Verbände auch schnell wirksame Hilfen. So sollte es aus Sicht des Bündnisses zusätzliche Extraleistungen geben, wenn z. B. eine Waschmaschine oder ein Kühlschrank angeschafft werden müssen. Auch die Kosten für eine Brille oder andere Hilfsmittel, die die gesetzlichen

Krankenkassen nicht übernehmen, können Betroffene in aller Regel nicht selbst stemmen. Das gilt auch für den Eigenanteil für das Schulmittagessen, der aus Bündnis-Sicht gestrichen werden muss. Eine weitere Forderung ist es, die Leistungen für Schulmaterialien an die tatsächlichen Kosten anzupassen. Das Bündnis engagiert sich bereits seit 2012 mit Nachdruck für ein menschenwürdiges Existenzminimum. *veo*